

Stimme der Sans-Papiers

Voz de los indocumentados / Voix des Sans-Papiers

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt.

kein
mensch
ist
illegal

Basel / Juni / 2008 / Ausgabe Nr.9

Rede von Divino Duarte am 2. Basler Marsch der Sans-Papiers vom 17.5.08

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen

Ich spreche im Namen der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt: Wir sind hier, um unsere Unzufriedenheit mit der Situation auszudrücken, in der wir in dieser Gesellschaft leben. In den letzten Jahren sehen wir Sans-Papiers uns ständig grösseren Schwierigkeiten und Diskriminierungen ausgesetzt.

An dieser Stelle wollen wir nun klarstellen, wer wir sind: Wir Sans-Papiers sind Personen, welche die Armut ihrer Herkunftsländer – und den Hunger, der manchmal die Folge ist – nicht mehr länger ertragen haben. Deshalb haben wir uns auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen gemacht. Und tatsächlich haben wir es geschafft, hier bessere Umstände anzutreffen; leider können wir nur nicht richtig daran teilhaben. So schlecht unsere Situation aber auch erscheint, so ist sie doch

besser als in unseren Herkunftsländern. Deshalb sind wir dazu gezwungen, in der Anonymität und versteckt wie Flüchtlinge zu leben. Wir sind weder zum Spass hier, noch als TouristInnen, sondern um hier zu leben und zu arbeiten.

Wir sind mehr als 90'000 in der ganzen Schweiz und mehr als 10'000 in der Region Basel. Man kann zwar zehn Sans-Papiers einzeln ausschaffen, Tausende aber nie! Diese werden hier bleiben und ihren Überlebenskampf weiter führen. Wir sind eine Klasse von ArbeiterInnen, die Steuern bezahlen würde, wenn sie frei arbeiten könnte. Aber ganz im Gegenteil: Von einigen Personen werden wir vielfach mit Kriminellen gleich gestellt! Die sogenannten Verbrechen von uns Sans-Papiers bestehen darin, die Häuser von Familien zu putzen und für Bauvorhaben des Landes eingesetzt zu werden.

Ich selber bin ein Beispiel dafür. Seit 14 Jahren lebe ich in Basel, wo ich schon bei vielen wichtigen Bauprojekten als Arbeiter dabei war. Darunter fallen das Lokomotiv-Depot 2000, der Migrostrakt im Bahnhof SBB, das Spitalgebäude der UPK, die Flughafenstrasse, der Euroairport Basel, das Museum Fondation Beyeler, die Allmendstrasse, das neueste Novartisgebäude am Voltaplatz, die Dreirosenbrücke und viele Wohnhäuser in Basel und der ganzen Region. Deshalb fordern wir Respekt für uns MigrantInnen! Viele ArbeitgeberInnen möchten ihre Beschäftigten regularisieren. Wir brauchen deshalb eine sofortige Lösung, denn damit würde das Land und die ganze Bevölkerung einen Gewinn erzielen.

Wir haben viele Leute, die uns treu unterstützen, aber es sind noch zu wenige. Kommen Sie und stehen Sie uns bei, denn mit ihrer Solidarität werden wir eine Lösung für uns Sans-Papiers herbeiführen können!

Vielen Dank!



Rede von Silvia Schenker, Nationalrätin SP BS, am 2. Basler Marsch der Sans-Papiers vom 17.5.08

Liebe Anwesende

Politikerinnen und Politiker sprechen in der Regel gern und viel von Problemen. Oft beschränken sie sich auf das Ansprechen von Problemen. Manchmal schlagen sie auch Lösungen für anstehende Probleme vor. Es gibt aber Themen, über die wird nur selten oder gar nicht gesprochen. Sie sind tabu.

So hört man denn auch sehr selten etwas über Menschen, die in der Schweiz wichtige und unverzichtbare Arbeit verrichten, die aber keine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung haben. Selten wird über Sans-Papiers gesprochen. Und noch seltener werden politische Vorstösse zu Gunsten von Sans-Papiers eingereicht.

Auf der andern Seite wird aber die Arbeitsleistung dieser Männer und Frauen nur zu gerne in Anspruch genommen.

Sie sind sich nämlich nicht zu schade, unattraktive, schmutzige und oft auch schlecht bezahlte Arbeiten zu erledigen. Wie viele papierlose Frauen (und Männer) bezahlte Arbeit in Haushalten verrichten, wissen wir nicht. Dass es viele sind, muss jedoch vermutet werden. In der heutigen Gesellschaft, in der Männer und Frauen, die im Arbeitsprozess stehen und Familie haben, von ihrem Arbeits- und Familienalltag stark belastet sind, gehört es schon fast zur Selbstverständlichkeit, die Putz- oder Hausarbeit durch jemand anderes erledigen zu lassen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden.

Zu kritisieren ist aber, wenn wir gleichzeitig die Augen davor verschliessen, dass viele Hausangestellte unter uns leben und arbeiten, die keine Aufenthaltsbewilligung haben. Sie leben in schwierigen und sehr belastenden Verhältnissen. Diejenigen unter Ihnen, für die das

zutrifft, wissen wie das ist. Ich und andere, die heute hier anwesend sind, wir wissen das nicht. Vielleicht können wir es – wenn wir uns Mühe geben – erahnen.

Warum lassen wir es zu, dass Menschen für uns arbeiten, dabei aber in ständiger Angst leben müssen, entdeckt zu werden? Warum lassen wir es zu, dass Frauen, Männer und Kinder, die bei uns leben, unter schwierigsten Bedingungen für ihre elementarsten Rechte wie Bildung und Gesundheitsversorgung kämpfen müssen? Warum lassen wir es zu, dass Menschen über viele Jahre hier leben, sich zuhause fühlen und dennoch permanent von Ausschaffung bedroht sind?

Eine Frage, die schwer zu beantworten ist. Die Antworten darauf sind vermutlich individuell verschieden. Doch einen Verdacht werde ich nicht los: Ist es vielleicht so, dass eine ökonomisch-politisch verhängnisvolle «Win-Win» Situation vor-



Recht auf Ehe und Ehefreiheit im Migrationskontext

liegt: die Sans-Papiers sind froh, dass sie irgendwas arbeiten können, weil sie ja andere Arbeitsstellen nicht erhalten. Und die Bessergestellten stellen sich noch ein bisschen besser, indem sie Geld sparen und sich erst noch einreden können, moralisch etwas Gutes zu tun, indem sie jemandem einen Job verschaffen, der/die einen solchen auf legale Weise nicht bekäme.

Gewiss gibt es Politikerinnen und Politiker, die davon profitieren, dass Menschen ausländischer Herkunft aus Verzweiflung und in Not unsere Gesetze nicht mehr in vollem Umfang respektieren. Diese Tatsache dann dazu benutzen, pauschal gegen Ausländerinnen und Ausländer zu schimpfen ist einfacher, als sich für eine gute und gelingende Integration einzusetzen.

Sie haben heute diesen Marsch organisiert, um auf die Sorgen und Nöte der Sans-Papiers aufmerksam zu machen. Denjenigen unter Ihnen, die sich für ihre eigenen Anliegen auf diese Weise exponieren, möchte ich meine Hochachtung und meinen Respekt ausdrücken. Und all den andern, die sich mit den Menschen solidarisieren, die ohne gültige Papiere in unserem Land leben und arbeiten, möchte ich ganz herzlich danken. Sie tun etwas, was nicht selbstverständlich ist.

Ich bin der Meinung, die Politik darf nicht länger die Augen verschliessen. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass es in unserem Land eine grosse Anzahl von Sans-Papiers gibt und wir müssen für dieses Problem auf allen politischen Ebenen Lösungen suchen.

Sie sollen in Zukunft ruhig und ohne Angst ihrer Arbeit nachgehen können. Ihre Kinder sollen zur Schule gehen und nach dem Schulabschluss eine Ausbildung absolvieren können. Wir müssen uns im Kanton und beim Bund für ein Kontingent von Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen einsetzen. Dafür müssen wir – die wir in diesem Land mitbestimmen dürfen – sorgen.

Recht auf Ehe und Ehefreiheit im Migrationskontext

Im April 2008 fand in Bern eine Tagung zum Thema „Recht auf Ehe und Ehefreiheit im Migrationskontext“ statt. Vertreter/innen von Behörden und Organisationen zeigten auf, wie sie die Phänomene „Scheinehe“ und „Zwangsehe“ sehen und wie damit umgegangen werden soll. Schnell wurde klar, dass die Auffassungen sehr unterschiedlich waren.

Das Bundesamt für Migration und die Zivilstandsämter präsentierten einen ganzen Katalog von repressiven Massnahmen, mit denen Scheinehen und Zwangsehen bekämpft werden sollen: So müssen Ehegatten zusammenwohnen, Zivilstandsämter dürfen die Trauung verweigern und die Aufenthaltsbewilligung kann entzogen oder verweigert werden. Personen die eine Scheinehe eingehen, können bestraft werden und eine Ehe kann für ungültig erklärt werden, wenn nachträglich das Vorliegen einer Scheinehe entdeckt wird. Geplant ist, dass Eheschliessungen unter 18 Jahren nicht mehr anerkannt werden sollen, eine Verheiratung nur noch bei gültiger Aufenthaltsbewilligung möglich ist und für den Familiennachzug eine Altersgrenze von 21 Jahren eingeführt wird.

Frau Dr. Birgitte Kofod Olsen aus Kopenhagen zeigte, dass die Restriktionen im Ehegattennachzug im ehemals liberalen Dänemark bereits jetzt weit über das hinaus gehen was in der Schweiz geplant ist. Beide Ehegatten müssen mindestens 24 Jahre alt sein. Neben der Sozialhilfeunabhängigkeit muss eine Sicherheit von Fr. 10000.– geleistet werden, eine angemessene Wohnung muss bereitstehen und es darf keine Hinweise auf eine Schein- oder Zwangsehe geben. Es sei denn, der in Dänemark lebende Ehegatte ist mehr als 28 Jahre dänischer Staatsbürger, muss zudem nachgewiesen werden, dass die Gesamtbindung der Ehegatten an Dänemark enger ist als an einen anderen Staat.

Die RechtsprofessorInnen Thomas Geiser und Martina Caroni mahnten zur Zurückhaltung. Es bestehe die Gefahr von Grundrechtsverletzungen. Nicht alle Ehen unter 18 seien Zwangsehen, ein Mindestalter für den Nachzug von Ehegatten

sei diskriminierend und unverhältnismässig zum sachliche Zusammenhang zum Phänomen Zwangsehe nicht wirklich erkennbar sei. Wenn der Eheschluss nur noch mit Aufenthaltsrecht möglich sei, so käme das für Sans-Papiers einem Eheverbot gleich. Das verstosse gegen die Ehefreiheit. Ausserdem seien nicht alle Ehen mit Sans-Papiers Scheinehen. Die Möglichkeit der Ungültigerklärung einer Scheinehe käme einer eigentlichen Zwangsscheidung gleich, und das sei verboten.

Martina Russo, Mitarbeiterin von Zentrum Katpakam in Zürich zeigte eindrücklich auf, dass Repression zur Verhinderung von Zwangsehen oft der falsche Weg ist. In ihrer Arbeit mit Personen aus Sri Lanka setze sie auf Stärkung der Betroffenen, Zusammenarbeit mit den Familien und Aufklärungsarbeit. Damit werde mehr erreicht als mit Machtausübung und bedrohlichen Gesetzen. Leider werde dafür aber, anders als für die Repression, kaum Geld zur Verfügung gestellt. Birim Bayam, Leiterin der anonymen Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen in Berlin kam zu einem ähnlichen Schluss. Von Zwangsverheiratung bedrohte junge Frauen stecken in einem Loyalitätskonflikt. Dieser kann verstärkt werden, wenn sie ihre Familien durch die Inanspruchnahme von behördlicher Hilfe der Strafverfolgung aussetzen.

Die Tagung zeigte, dass unter dem Titel „Missbrauchbekämpfung“ unzählige repressive Massnahmen bereits umgesetzt oder in der Pipeline sind. Die Gefahr, dass damit der Missbrauchsgeneralverdacht weiter gefördert und das Grundrecht auf Eheschliessung und Familienleben verletzt wird, ist gross. Gerade Sans-Papiers hätten gar keine Möglichkeit mehr zu heiraten, wenn eine Anwesenheitsberechtigung notwendig wäre. Die vielen kritischen Einwände geben Anlass zur Hoffnung, dass Zustände wie in Dänemark noch abgewendet werden können.

Johan Göttl, lic. iur, Stellenleiter Anlaufstelle Baselland, Pratteln

Teure Heirat

Vera und ihre jüngste Tochter lernte ich im Sommer 2007 im Ausschaffungsgefängnis in Basel kennen. Täglich besuchten sie Do, ihren Lebenspartner und Vater. Das Töchterchen rutschte jeweils auf meinen Schoß und wollte ein bisschen zeichnen. Dann sprang es sogleich wieder zu seinem Papa im roten Gefängnisleibchen. Vera war eine tüchtige Frau und Mutter von vier Kindern. Nach dem Gefängnis eilte sie jeweils zur Arbeit und wechselte von der Rolle als Familienfrau zu derjenigen als Salesmanagerin, bis Abends um 20 Uhr. Dann sputete sie sich, um noch bei ihren Kindern zu sein. Ihr Arbeitstag dauerte von 6 bis 22 Uhr, seit ihr Partner, der zuvor die Familienarbeit erledigt hatte, in Ausschaffungshaft war. Vera, gelernte Sozialpädagogin und beruflich ein mittleres Kader, hatte damals ein gutes Einkommen, eine schöne, grosse Wohnung und ein gesichertes Leben. Heute hat sie alles verloren – nur weil sie Do heiraten wollte und dies auch gegen alle behördlichen Widerstände durchsetzte.

Kennen gelernt hat Vera ihren künftigen Ehemann im September 2004, der damals noch Asylbewerber war. Vera lebte damals nach einer 15-jährigen Ehe in Trennung. Im März 2005 zog Do zu Vera und übernahm die Hausarbeit während Vera ihre Karriere aufbaute – eine häufig beobachtete Arbeitsteilung bei binationalen Paaren mit Partnern ohne gefestigten Aufenthalt. Ein Jahr später kam die gemeinsame Tochter zur Welt. Do umsorgte nun insgesamt vier Kinder.

Im Frühjahr 2007 meldeten sich Vera und Do beim Zivilstandesamt und gaben ihre Papiere ab. Sie planten die Heirat auf den 7.7.07. Der Beamte sagte, Do's Asylverfahren sei abgelaufen und sein Pass nicht mehr gültig; Vera und Do würden Bescheid erhalten. Aber dieser kam nicht - statt dessen am 14. Mai 07 um 5.30 Uhr die Polizei. Sie umstellte das Haus und nahm Do in Handschellen mit. Für die Kinder war dies ein Schock. Vera erhielt keine Auskunft, in welches Gefängnis Do überführt wurde. Der

amtliche Verteidiger meinte gegenüber Vera, gegen die vorgesehene Wegweisung liesse sich rein gar nicht unternehmen. Do kam dann ins Ausschaffungsgefängnis in Basel.

In Ermangelung des Hausmanns und Kinderbetreuers begann nun für Vera eine Plackerei, die sie kaum mehr schaffen konnte. Als vollwertige Ernährerin wusste sie kaum mehr, wie sie allen ihren Verpflichtungen nachkommen sollte. Die Anerkennung seiner leiblichen Tochter erwies sich für Do ebenfalls als ein Hürdenlauf. Zwar besass er einen gültigen Geburtsschein und die Identitätsanerkennung seiner Botschaft. Do und Vera wollten im Gefängnis heiraten doch stand nur noch die Wegweisung auf dem Behördenprogramm. Mit mehreren Eingaben an die Ausländerbehörde wies ihr Anwalt daraufhin, dass Herrn Do wegen dem Kind ohnehin in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden müsse, und dass die Ausschaffung deshalb unverhältnismässig sei. Dies jedoch ohne Erfolg. Weder wurde die Ausschaffungshaft aufgehoben, noch wurde von der Ausschaffung Abstand genommen. Man einigte sich schliesslich, dass Do „freiwillig“ heimreise, Vera die Flugkosten übernehme und Fr. 20'000.- deponierte, Do dafür aber ein Einreisevisum zwecks Eheschliessung erhalten werde. Vera folgte mit den vier Kindern ihrem Partner kurz nach dessen Ausschaffung im August 07. Während der fünf Wochen in dessen Heimat vollzogen Do und Vera eine rituelle Heirat. Danach kehrte Vera mit drei Kindern in die Schweiz zurück und hinterliess die Jüngste bei ihrem Vater.

Das Wiedereinreisevisum von Do war bis am 17.12.07 gültig, aber bis zu diesem Datum hatten die heimatischen Behörden die benötigten Papiere – alle mussten neueren Datums sein - nicht beisammen. Das Visum verfiel. Zudem erkrankte die kleine Tochter schwer. Wieder flog Vera zu Do und ihrer Tochter. Der Chef kündigte Vera wegen den Absenzen, die Kosten rund um die Heirat stiegen ins Unermessliche. Ein neuer Visumantrag musste gestellt, die Spitalkosten für die Kleine und ein teurer Flug

in die Schweiz bezahlt werden, denn Do erhielt kein Transitvisum. Schliesslich konnte Do alle geforderten Papiere auf dem Standesamt einreichen, doch es dauerte 5 weitere Wochen. Immer neue Gebühren wurden verlangt. Vera konnte die Miete nicht mehr bezahlen und flog deshalb aus ihrer Wohnung. Im April 08 konnten Vera und Do endlich heiraten, am 8. Mai stand die sechsköpfige Familie auf der Strasse. Vera wagte sich nicht einmal aufs Sozialamt, weil sie um die Aufenthaltsbewilligung ihres Mannes fürchtete.

Aufgezeichnet von Anni Lanz

DIE ZEITUNG DER ANLAUFSTELLE FÜR SANS-PAPIERS EIN PROJEKT VON:

- Komitee Sans-Papiers Nordwestschweiz
- Solidaritätsnetz für Menschen ohne geregelten Aufenthalt Basel
- Demokratische JuristInnen (DJS)
- Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
- Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrants C.E.D.R.I.
- unterstützt durch: fondia, Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund
- Gewerkschaft Erziehung (GE)

Ort / Kontakt:

Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 4058
Basel
061 681 56 10
anlaufstellebasel@gmx.ch
www.sans-papiers-basel.ch
Postkonto: 40-224072-2

Öffnungszeiten der Anlaufstelle:

Di 14.00-18.00 Uhr
und Do 16.00-20.00 Uhr
und Mi 10-12 Uhr telefonische Beratung.